

VertraulichNATIONALRAT

3003 Bern, Mai 1975 ws

Kommission für auswärtige Angelegenheiten

PROTOKOLL der Sitzung

vom 28. April 1975, 09.30 - 11.50 Uhr
in Genf, Sitz des IKRK, av. de la Paix 7

TAGESORDNUNG

- 1) 75.014 n Schweizerische Vertretungen in Mozambique und Angola
Missions suisses au Mozambique et en Angola
- 2) Tour d'horizon
- 3) Petition Fischer
Pétition Fischer
- 4) Orientierung über den Stand der KSZE
Information sur la CSCE
- 5) Orientierung über die Diplomatische Konferenz über das humanitäre Völkerrecht durch den schweizerischen Delegationschef und Herrn J. Pictet (IKRK)
Information concernant la Conférence sur le droit humanitaire par le chef de la délégation suisse et M. J. Pictet (CICR)

TEILNEHMERPräsident: H. RenschlerAnwesende Mitglieder:

HH. Breitenmoser, Dürrenmatt, Freiburghaus, Gerwig, Gut, Hürlimann, Kohler Simon, Koller Arnold, Schürch, Stadler, Suter, Vollenweider, Wyler, Ziegler-Genf

Weitere Teilnehmer:

H. Bundespräsident Graber
HH. Botschafter Thalmann, Bindschedler, Keller, de Ziegler
H. Pictet, Vizepräsident des IKRK
H. Simonin (EPD)

Entschuldigt:

HH. Bürgi, Carruzzo, Cevey, Müller-Bern

Protokoll: M. Chassot (f), H. Lutz (d)

- 2 -

1) 75.014 n Schweizerische Vertretungen in Mozambique und Angola.

H. Thalmann

Ich möchte Ihnen einige zusätzliche politische, wirtschaftliche und personelle Angaben über Mozambique und Angola machen.

In Mozambique besteht ein inneres Gleichgewicht. Die Herrschaft der FRELIMO ist hier unbestritten. Die gemischte Uebergangsregierung besteht aus 8 Vertretern der FRELIMO und 2 Portugiesen. Um auch äusserlich Distanz zur Uebergangsregierung zu wahren, hat die FRELIMO ihr Hauptquartier in Tansania beibehalten. Im Land selbst befindet sich die politische Infrastruktur der FRELIMO überall im Aufbau. Nach dem 25. Juni ist die Errichtung eines sozialistischen Regimes zu erwarten. Der Einfluss der Einheitspartei auf die Regierung wird dominierend sein. Ohne Zweifel ist mit einer fortschreitenden Nationalisierung der Produktionsmittel zu rechnen, die auch die mannigfaltigen und umfangreichen schweizerischen Interessen tangieren wird. Seit langer Zeit wirken Schweizer Missionen mit ihren Schulen, Berufszentren und Spitälern im Lande. Es gibt FRELIMO-Führer, die von Schweizer Missionaren erzogen und ausgebildet worden sind. Die Sympathien, die die Missionen der Befreiungsbewegung in der Zeit des Kampfes entgegengebracht haben, könnten sich auf unsere bilateralen Beziehungen günstig auswirken. Die Ausgestaltung unserer Vertretung in Mozambique stellen wir uns so vor: ein Geschäftsträger, akkreditiert würde unser Botschafter in Tansania, eine Sekretärin und ein bis zwei Aushilfskräfte. Dieser Personalbestand entspricht demjenigen unseres gegenwärtigen Konsulats. Wir können zu einem ausserordentlich günstigen Preis die Räumlichkeiten des ehemaligen Generalkonsulates der BRD übernehmen.

Die politische Lage in Angola ist durch innere Machtkämpfe charakterisiert. Im Laufe der Kämpfe haben sich drei massgebende ethnisch, ideologisch und politisch verschieden geartete Befreiungsbewegungen gebildet, die sich gegenseitig konkurrenzieren: Die FLNA unter der Führung von Roberto Holden - er ist der Schwager des zaïrischen Präsidenten Mobutu - ist die politisch und militärisch am besten strukturierte und stärkste Organisation. Sie hat ihren unmittelbaren Rückhalt in Zaïre, mittelbar wird sie von Washington und Peking unterstützt. Die MPLA von Agostino Neto ist marxistisch orientiert. Sie wird von der Sowjetunion und von China unterstützt. Sie zeigt heute gewisse Schwächen und Zerfallserscheinungen. Die Unita unter der Leitung von Jonas Savimbi versucht die Unterstützung der weissen Minderheit zu gewinnen. In der Uebergangsregierung sind die drei Bewegungen gleich stark vertreten. FLNA und MPLA bekämpfen sich in blutigen Strassenschlachten. Die Unita hat sich bisher herausgehalten. Es ist nicht anzunehmen, dass eine Koalitionsregierung nach dem Erlangen der Unabhängigkeit die Regierungsgewalt übernehmen könnte. Das Gesetz des Stärkeren wird entscheiden, bürgerkriegsartige Unruhen

- 3 -

sind zu erwarten. Verschiedene Führer der Befreiungsbewegungen haben enge Beziehungen zur Schweiz. Seit der Abfassung der Botschaft sind verschiedene interessante wirtschaftliche Daten bekannt geworden: Durch eine stark gesteigerte Produktion gelang es Angola in den letzten Jahren, eine aktive Handelsbilanz zu erzielen. Im Vordergrund steht die Erdölförderung (1974: 8 1/2 Mio Tonnen). Die Eisenerz- und Diamantenproduktion wurde gewaltig gesteigert. Als Kaffeeproduzent steht Angola unter den afrikanischen Ländern im 2. Rang. Das Handelsvolumen mit der Schweiz beträgt mehr als 76 Mio Franken, wovon unser Export 45 Mio Franken ausmacht. Angesichts der grossen wirtschaftlichen Bedeutung Angolas beabsichtigen wir, einen unserer Botschafter in einem Nachbarland - voraussichtlich unseren Botschafter in Kinshasa - auch in Luanda zu akkreditieren und dort einen Geschäftsträger zu installieren. Wir prüfen aber auch die Möglichkeit, eventuell mit einem Konsulat auszukommen. In beiden Fällen wären die Personalbedürfnisse gleich wie in Mozambique.

In Mozambique und Angola bestehen bedeutende schweizerische Interessen, bereits vorhandene und potentielle. Sowohl das Prinzip der Universalität unserer Beziehungen als auch unser Wille, schweizerische Positionen zu wahren, veranlassen uns, Ihnen die Botschaft zur Annahme zu empfehlen.

M. Ziegler

pose les 4 questions suivantes:

1. Pourquoi le message ne parle-t-il pas de la Guinée-Bissau et de Sao Tomé qui vont également accéder à l'indépendance?
2. Compte tenu de la situation de guerre civile latente et de la misère qui règne dans ces régions, que pense entreprendre le Conseil fédéral pour venir en aide aux réfugiés?
3. Diverses demandes d'assistance technique, notamment en provenance du gouvernement provisoire de Sao Tomé, ont été adressées à notre pays. Quelles suites le Conseil fédéral va-t-il leur donner?
4. Il serait à mon avis catastrophique si le chargé d'affaires à Luanda devait dépendre de notre ambassadeur à Kinshasa du fait des relations politiques qui existent entre le Zaïre et l'Angola. Ne pourrait-on pas chercher une autre solution à ce problème?

H. Breitenmoser

Ist beim Ausbau dieser beiden Vertretungen auch an die Universalität der Finanzen gedacht worden? Der diplomatische Apparat ist offensichtlich zu weit ausgebaut worden und soll jetzt gestrafft werden - eine entsprechende Untersuchung im Departement ist zur Zeit im Gange -, besteht eine absolute Notwendigkeit für diesen Ausbau?

In der Botschaft wird gesagt, die konsularische Vertretung in Lourenço-Marques solle in eine Botschaft umgewandelt werden, deren Träger im Ausland sitzt. In Angola soll versucht werden, mit einer

- 4 -

konsularischen Vertretung auszukommen, man beabsichtige, einen in einem Nachbarland residierenden Botschafter zu akkreditieren. Enthält dieser Abschnitt nicht einen Widerspruch? Soll nun die diplomatische Vertretung ausgebaut oder soll ein Botschafter aus einem Nachbarland akkreditiert werden?

H. Hürlimann

Sollen in naher Zukunft weitere Botschaften errichtet werden? 1967 hat das Parlament dem Bundesrat eine entsprechende Pauschalermächtigung gegeben. Einzelfälle erhalten durch die spezielle Behandlung ein grösseres Gewicht als ihnen eigentlich zukommt. Wenn nun die Absicht bestünde, in absehbarer Zeit weitere Botschaften zu errichten, wäre meines Erachtens eine pauschale Behandlung analog 1967 vorzuziehen.

H. Renschler

Es ist erstaunlich, dass wir uns trotz permanenter Ueberlastung des Parlamentes mit solchen Bagatellgeschäften aufhalten. Es scheint mir sehr unlogisch zu sein, dass der Bundesrat die Kompetenz hat, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, und dass wenn es dann aber darum geht, sie zu konkretisieren, das Parlament zuständig ist. Ich würde im Sinne von H. Hürlimann eine Generalkompetenz befürworten.

Ich habe vor kurzem einen Bericht aus Mozambique erhalten, der die Stimmung gegenüber der Schweiz als ausgesprochen schlecht bezeichnet. Hat das Departement auch entsprechende Informationen und worauf dürfte diese Tatsache zurückzuführen sein?

H. Thalmann

zu H. Ziegler

Wir haben Guinea-Bissau und Sao Tome als unabhängige Staaten anerkannt. Im Hinblick auf unsere vordringlichen Interessen haben wir aber keine Absicht, in diesen beiden Staaten diplomatische Vertretungen einzurichten.

In Mozambique haben wir humanitäre Hilfe geleistet (10 t Milchpulver - 90'000 Franken, Vitamintabletten für Kinder - 50'000 Franken, Medikamente durch das IKRK - 40'000 Franken, demnächst weitere 50'000 Franken). In Angola hat offenbar keine Hilfsaktion stattgefunden.

Diesen beiden, in der Entwicklung noch ausserordentlich zurückstehenden Ländern wird technische Hilfe gewährt werden.

In bezug auf die Akkreditierung eines Botschafters aus einem Nachbarland in Luanda sind wir noch sehr unsicher. Je nach der Entwicklung der Situation in Angola wäre es kaum zweckmässig, den Botschafter aus Kinshasa zu akkreditieren. Dies ist also keineswegs ein feststehender Beschluss.

- 5 -

zu H. Breitenmoser

Unsere Auslagen werden nicht bedeutend grösser werden als diejenigen, die wir mit den bestehenden Konsulaten jetzt schon haben. Die Frage ist auch im Rahmen der Studie Florian geprüft worden. Bei Mozambique und Angola drängt sich ein Beibehalten resp. ein Ausbau auf. Beide Länder sind künftige afrikanische Grossmächte; unser Export in diese beiden Länder beträgt jetzt schon 35 resp. 45 Mio. Franken; der Bestand an Schweizern in beiden Staaten ist respektabel.

Wenn wir ein Konsulat statt einer Botschaft in Luanda errichten würden, so würde kein Botschafter akkreditiert werden.

zu H. Hürlimann und H. Renschler

Wir haben seinerzeit eine Globalbotschaft ausgearbeitet, um alle die Länder zu erfassen, die im grossen Dekolonisierungsschub der 60er Jahre unabhängig geworden sind. Durch die Ereignisse in Portugal ist die Dekolonisierungsbewegung neu in Gang gekommen. Es war richtig, hier rasch zu handeln und Ihnen diesen Vorschlag sofort zu unterbreiten. Es gibt keine bedeutenden Territorien, die nächstens unabhängig werden könnten, und wir haben keine konkreten Ausbaupläne.

Der vorliegende Bericht unseres Konsuls Stöckli vermittelt keine entsprechenden Informationen. Ich habe eher den Eindruck, dass die aktive und intensive Unterstützung der PRELIMO durch die Missionen auch in Zukunft der Schweiz einen gewissen Goodwill verschaffen könnte.

M. Ziegler

Il serait à mon sens regrettable que, pour des raisons d'économie, on doive renoncer à une représentation diplomatique en Guinée-Bissau. Avec les îles du Cap Vert, ces pays seront appelés à jouer un rôle stratégique important dans l'Atlantique sud. Quelles sont les options du DPF dans ces régions?

H. Thalmann

Ich vertrete hier H. Janner, der Ihnen in bezug auf Guinea-Bissau vielleicht konkreter Auskunft geben könnte. Im allgemeinen gehen wir pragmatisch vor und werden auch Guinea-Bissau im Auge behalten. Im Moment sind unsere Interessen in diesem Land noch nicht gross genug, um ^{Ihnen} einen Antrag zur Errichtung einer diplomatischen Vertretung zu unterbreiten.

Eintreten beschlossenBundesgesetz über die Errichtung von diplomatischen Vertretungen in Mozambique und AngolaTitel und Ingress

angenommen

- 6 -

Art. 1H. Breitenmoser

Dieser Beschluss kommt wahrscheinlich in der Juni-Session zustande. Angola wird die Unabhängigkeit aber erst im November erhalten. Ich beantrage, diese Tatsache zu berücksichtigen und den Text entsprechend anzupassen: "..., nachdem diese portugiesischen Ueberseeprovinzen die Unabhängigkeit erlangt haben werden".

Der Antrag Breitenmoser wird angenommen.

Art. 2

angenommen

Gesamtabstimmung

Die Kommission stimmt einstimmig zu

Die Berichterstattung erfolgt schriftlich.

2) Tour d'horizonM. Graber

Complément au tour d'horizon écrit, du 17 avril 1975

1. Proche Orient

Toutes les puissances en cause préparent sérieusement la reprise de la conférence de Genève. Les travaux préparatoires dans cette perspective sont menés avec une assiduité qu'atteste notamment la reprise symétrique d'une diplomatie de voyage (déplacement à Moscou du ministre égyptien des affaires étrangères, visite à Washington de son homologue israélien). Il paraît évident que l'URSS et les USA sont en passe de réexaminer l'ensemble de leur politique dans cette région. On constate d'autre part un refroidissement sensible des rapports israëlo-américain. L'Union soviétique pour sa part s'efforce de reprendre contact avec les dirigeants israëliens et propose de garantir l'intégrité territoriale d'un Israël qui serait revenu à ses dimensions d'il y a 8 ans. M. Gromyko qui s'apprête à se rendre au Caire, précédant ainsi M. Brejnev qui doit s'y rendre avant l'été, vient de suggérer un ordre du jour de la conférence en 3 phases. Cet ordre du jour aurait l'avantage d'éviter dans un premier temps l'accueil palestinien repoussé à la 2e phase:

1ère phase: discussion sur l'évacuation de tous les territoires arabes occupés en juin 1967

- 7 -

2e phase: rétablissement des droits nationaux légitimes des palestiniens

3e phase: reconnaissance du droit à l'existence de tous les Etats de la région, Israël y compris.

On voit mal Israël se dessaisir de certains territoires sans obtenir en échange au moins la reconnaissance expresse de son existence. Le noeud du problème réside donc dans la simultanéité des prestations et des contre-prestations. On peut admettre, je pense, que la conférence devrait normalement avoir repris ses travaux avant l'échéance du mandat de la force d'urgence des Nations-Unies dans le Sinaï qui avait été reportée au 24 juillet 1975.

Un autre signe positif est que toutes les capitales concernées en sont revenues à une diplomatie secrète. Après les désillusions de la tentative Kissinger, le retour à des méthodes classiques s'imposait.

2. Asie du sud-est

Les modalités de la prise du pouvoir par les mouvements de libération à Phnom Penh et Saïgon ne sont pas encore réglées. Il y a des dissensions internes au sein des forces dites "royalistes" cambodgiennes qui se traduisent par un certain retard dans l'installation du GRUNC dans la capitale. Capitale d'ailleurs vidée de ses réfugiés et peuplée déjà de ses nouveaux habitants à la suite d'un échange de populations qui rappelle singulièrement les premiers temps du pouvoir communiste en Chine.

A Saïgon, un gouvernement d'union nationale, susceptible d'accueillir en son sein la GRP, n'est pas encore en place. Dès aujourd'hui va s'exercer le pouvoir du nouveau chef de l'"Etat", le général Minh. Il est difficile de dire si les révolutionnaires désirent s'en tenir aux accords de Paris et mettre en place un pouvoir où les minorités soient représentées ou, au contraire, s'ils vont profiter de leur situation de force pour brûler les étapes.

3. Portugal

A l'issue des récentes élections, le pronostic doit être prudent car il y a plusieurs éléments pas très faciles à concilier. Le résultat électoral existe bien, mais quelles en seront les imbrications à court et à moyen terme? Les déclarations faites par les hommes politiques à la veille des élections confirment l'annonce du premier ministre selon laquelle ces élections ne changeraient rien à la mise en oeuvre du programme du Mouvement des forces armées. Les observateurs ont été assez frappés lorsque Soares a déclaré, lors du dernier meeting de masses qui a eu lieu à Lisbonne, que rien ne pourrait remettre en cause les accords passés avec le MFA. Il est tout aussi significatif qu'en dépit de la tendance du peuple à voter pour les partis "modérés", la première constatation de Soares après les élections a été celle-ci: socialistes et communistes, plus les petits alliés des communistes, font une majorité. Le sentiment qui s'impose

- 8 -

aujourd'hui est qu'il a y sans aucun doute un accord largement établi entre le vainqueur de ces élections et le MFA.

La conclusion à tirer est qu'au plan politique, les modérés l'ont emporté. Cela devrait avoir pour effet aussi qu'au sein du MFA qui n'est pas du tout monolithique, ces élections y renforcent la tendance modérée par rapport à la tendance extrême. Je pense qu'il ne serait pas sage de vouloir pousser plus loin le pronostic. S'ajoute à cela que les difficultés économiques sont considérables. On ne sait pas très bien dans quelle situation se trouvera le Portugal dans quelques mois.

4. Union soviétique

L'élimination de M. Chélepine du politburo doit probablement être interprétée comme une relance de la politique de détente de M. Brejnev. Si une succession devait s'ouvrir dans des délais plus ou moins rapprochés, je pense que c'est dans l'entourage immédiat de M. Brejnev qu'il faudrait rechercher le nom de celui qui pourrait accéder au poste suprême. On cite volontiers comme proches amis de M. Brejnev, M. Kirilenko, éventuellement M. Koulakov.

En revanche, si la politique de Brejnev devait être contestée vigoureusement par ses pairs, c'est alors Chélepine qui réapparaîtrait comme principal prétendant.

Deux choses paraissent certaines:

1. l'attitude adoptée par l'URSS vis-à-vis de la crise qui secoue l'Occident était certainement au centre des délibérations du Kremlin
2. pour l'instant Chélepine a perdu la partie, pas nécessairement d'ailleurs exclusivement pour des considérations de politique extérieure. Des considérations de politique intérieure ont peut-être également contribué à cette élimination.

M. Ziegler

pose deux questions:

1. Malgré la haute qualité du tour d'horizon et des compléments qui lui sont apportés, on n'y apprend rien de très nouveau. Ne serait-il pas possible que les membres de la commission des affaires étrangères puissent recevoir au moins des extraits textuels des rapports les plus récents que le DPF reçoit de ses ambassadeurs en place dans les endroits les plus concernés par l'actualité?

2. Je ne comprends pas pourquoi le DPF n'entretient pas des rapports plus convenables avec le Bureau du GRP à Genève. Etant donné l'avenir de l'Indochine, ne devrait-on pas réexaminer le niveau des contacts qui existent entre notre pays et cette représentation? Est-il possible pour la Suisse de reconnaître le GRP?

- 9 -

H. Breitenmoser

Im Bericht, der zeigt, wie schwer es für einen neutralen Staat ist, Aussenpolitik zu betreiben, fehlt eine Wertung der Ereignisse in Südost-Asien. Dass der Pariser Vertrag nach so kurzer Zeit auf diese Art und Weise gebrochen wurde, ist erschütternd. Der Bericht sollte unser Bedauern über diese Entwicklung ausdrücken und nicht nur Fakten liefern. Wenn der Vietcong Beziehungen zu Bern sucht, dann muss er sich im klaren sein darüber, dass er auch eine entsprechende Veste mitbringen und dass er unsere Auffassung bezüglich der Einhaltung internationaler Abkommen kennen und respektieren muss.

Zur Situation im Nahen Osten möchte ich ergänzen, dass der Aussenminister Aegyptens in einem Interview ausgeführt hat, dass, wenn in Genf keine Einigung zustande komme, der nächste Krieg nicht nur möglich, sondern sicher sei.

M. Ziegler

En ce qui concerne la rupture des conventions de Paris, je pense qu'il a y là un problème de causalité. Thieu n'a jamais eu l'intention de respecter ces accords. Le GRP a fait un acte d'autodéfense contre une administration qui a violé la première ces accords.

M. Kohler Simon

On doit constater aujourd'hui que toutes les voix qui s'expriment dans la presse en particulier, font état d'un déclin américain. Certains affirment que la tendance américaine serait de se replier sur une sorte d'isolationnisme. Il y a là de quoi nous inquiéter. Que pensez-vous de ce qui s'annonce et comment voit-on les conséquences de la situation américaine, non seulement sur le plan suisse mais européen également et sur le plan de l'équilibre des forces mondiales?

H. Renschler

Die Wochenbulletins der Botschafter sind nie an die Mitglieder unserer Kommission verteilt worden. Sie werden in der Verwaltung weit verbreitet - man kann sich fragen mit welcher Berechtigung. Als Präsident stehen mir diese Bulletins zur Verfügung. Sie geben einen ausgezeichneten Einblick in die Situation der entsprechenden Länder. Die Schwierigkeit der Verteilung dieser Bulletins besteht darin, dass sie oft sehr persönlich abgefasst sind und dass eine eventuelle Veröffentlichung den einen oder anderen Botschafter in eine unangenehme Lage bringen könnte.

Nach dem Tour d'horizon sind die Kräfte, die sich in Südostasien nun durchgesetzt haben, eher moskauorientiert. Im Falle von Kambodscha bin ich aber der Auffassung, dass Moskau gegenüber Peking im Hintergrund ist.

- 10 -

Im Zeitpunkt der Absetzung Scheljepins, hielt ich mich in Maskau auf. Ich habe aus seinen Mitarbeitern nicht ein Wort der Erklärung herausgebracht. Dies zeigt, wie verschlossen die sowjetische Personalpolitik ist und dass man sich weitgehend auf Spekulationen verlassen muss. Das Ausscheiden Scheljepins betrachte ich als Erfolg für Breschnew und seine Detente-Politik. Im Gegensatz zu Breschnew war Scheljepin ein Befürworter der Verbesserung der Beziehungen zu Peking.

H. Dürrenmatt

Ich habe vor 2 oder 3 Jahren in dieser Kommission die Frage aufgeworfen, warum in diesen aussenpolitischen Berichten eigentlich nie Zitate und Ausschnitte dieser Botschafter-Bulletins gebracht werden. Ich bin der Auffassung, dass man die Wochenbulletins nicht herausgeben kann. Aber auf diesem Umweg könnte man uns Ausschnitte dieser Bulletins zugänglich machen. In diesem Sinne möchte ich diese Anregung wieder aufgreifen.

Tour d'horizon

M. Graber

Autrefois, il n'y avait pas de tour d'horizon écrit et remis aux membres avant la séance, il n'y avait qu'un exposé oral du chef du département. Lorsque la forme écrite nous a été imposée, nous avons été forcé de limiter nos propos. Nous étions donc condamnés à une réserve plus grande que celle que nous observions verbalement. La commission du Conseil des Etats, qui avait également adopté cette forme écrite, vient d'y renoncer, préférant revenir à l'ancienne méthode. L'origine de cette forme écrite tient pour l'essentiel dans une question de traduction de l'exposé.

Notre principale source d'information pour l'élaboration du tour d'horizon se trouve précisément dans les rapports que nous recevons de nos ambassadeurs. Si ces rapports devenaient petit à petit semi-publics, ils subiraient le même sort que le tour d'horizon. Ils deviendraient de plus en plus réservés. Aucun ambassadeur n'accepterait en effet de courir le risque qu'un de ses rapports, dans lequel il se serait exprimé sur le gouvernement auprès duquel il est accrédité, n'aboutisse en un lieu où il ne devrait pas aboutir. Nous avons plutôt intérêt à ce que nos ambassadeurs, au bénéfice d'un secret tout juste suffisant, puissent s'exprimer sans trop de crainte et nous apporter sous cette forme des éléments d'appréciation d'une certaine importance pour nous.

Si vous désirez vraiment que le tour d'horizon contienne des citations textuelles de nos ambassadeurs, nous pourrions céder à cette exigence. Il n'est pas certain cependant que cela permette d'en changer le caractère. Il est bien entendu que ces citations ne mettraient pas en cause l'ambassadeur concerné.

- 11 -

Relations avec le GRP

Nos relations à l'endroit du GRP sont allées croissant, en s'élevant de niveau aussi, au fur et à mesure du développement des circonstances et de l'évolution de la situation, ce que commande la sagesse la plus élémentaire. D'une part il faut considérer l'importance réelle de ce mouvement sur le terrain et, d'autre part, il y a aussi les réactions de l'opinion publique suisse que l'on ne saurait négliger. Il n'y a pas si longtemps, nous étions accablés de reproches en raison du fait que nous allions trop vite dans cette ouverture vers le GRP. Nous essayons de trouver la cadence qui corresponde le mieux à la réalité. Je ne pense pas que les relations que nous entretenons avec le Bureau du GRP à Genève soient empreintes d'une réserve excessive de notre part. Apparemment ces relations sont normales et correctes.

Reconnaître le GRP? Il existe une doctrine suisse bien élaborée et contestée par personne. Nous reconnaissons des Etats et non pas des gouvernements. La question de la reconnaissance de GRP comme tel ne se pose donc pas du tout sous cette forme.

Accords de Paris

Nous essayons dans le tour d'horizon d'apprécier objectivement l'évolution de la situation dans tous les points chauds du monde. A propos des accords de Paris, nous n'avons jamais livré d'appréciation car la réalité la plus évidente est que personne n'a jamais songé à les respecter et à les appliquer. Dès l'instant où ces accords ont été signés, on savait que le but principal de l'opération était de favoriser un repli décidé par les américains et qu'il fallait opérer en essayant de sauver la face. La seule question que l'on se posait était de savoir combien de temps il faudrait encore pour que la réunification du Vietnam intervienne, pas par une victoire du Sud bien sûr.

Isolationnisme américain

La plupart des pays européens sont inquiets face à cette menace d'isolationnisme américain. Que peut-on faire pour essayer de freiner ou d'empêcher ce mouvement? En ce qui nous concerne: bien peu. Dans la mesure où nous pratiquons une certaine politique économique et monétaire, il faut prendre garde au moins de ne rien entreprendre qui pourrait encore renforcer cette tendance.

Pourtant, je pense qu'il est prématuré d'avoir des vues trop pessimistes. Faut-il parler de déclin américain? Le mot me paraît trop fort. Ce retrait de l'Indochine se traduit dans l'immédiat et pour un certain temps encore par une perte de crédibilité et provoque

- 12 -

aussi à l'intérieur des Etats-Unis des mouvements de réaction inévitables. Je crois malgré tout que la volonté des USA de conserver des bases stratégiques et des forces adéquates dans les îles est sincère.

Il n'y a pas de doute que le phénomène aura aussi pour effet de mettre en cause non pas l'existence des bases américaines en Europe, mais leur dotation numérique en tout cas. La conclusion pour l'Europe est qu'elle ferait bien, de plus en plus, de songer à sa défense au moyen de ses propres forces d'abord. A cet égard, je crois que la Suisse, dans la mesure de ses moyens, fait un effort louable. On ne peut que souhaiter que les autres Etats européens en fassent au moins autant.

Influences de Moscou et Pékin en Indochine

S'il paraît évident qu'Hanoï a des liens peut-être un peu plus confiants avec Moscou qu'avec Pékin, cela ne signifie en aucune manière subordination. Cet Etat mène une politique d'équilibre et je pense qu'il tient avant tout à n'être tributaire de personne. Comme d'autres Etats du Sud-est asiatique, il tient à pouvoir installer un régime national d'abord. Le fait est qu'Hanoï a reçu plus de matériel de guerre de Moscou que de Pékin. Il ne s'agit pas pour autant d'un choix.

La situation est différente au Cambodge. On sait depuis longtemps que les khmers rouges représentent un mouvement qui n'est absolument pas monolithique. Ils subissent l'influence primordiale de Hanoï, mais il y a aussi celle de Pékin et enfin de Moscou. Si Phnom Penh n'a été conquise que tout récemment, alors que militairement parlant elle était prête il y a un an déjà, probablement que cette longue attente s'explique par deux préoccupations:

1. faire en sorte que le "fruit" tombe mûr, sans massacres inutiles.
2. manque d'accord entre les différentes tendances pour savoir qui allait exercer le pouvoir. Cette préoccupation n'est d'ailleurs pas encore définie d'une manière claire aujourd'hui.

Il y a un point d'interrogation particulier dans la présence qui semble durer du prince Sihanouk à Pékin. On estime d'une façon générale que son rôle - si rôle il a y encore - sera éphémère et de façade. Ici encore, l'appréciation n'est pas commode.

* * * * *

En conclusion, je voudrais dire que nous élaborons ces "tour d'horizon" et que nous les livrons sans joie particulière, précisément parce qu'ils ne peuvent pas avoir d'autre but que d'essayer, au moment où ils sont élaborés, d'apprécier objectivement ce qui se passe avec des risques d'erreur que nous tentons de limiter au maximum.

Die Kommission erklärt sich stillschweigend einverstanden, am Prinzip des schriftlichen Tours d'horizon festzuhalten.

3) Petition Fischer

H. Renschler

Im vorliegenden Entwurf des schriftlichen Berichts (Anhang 1) habe ich versucht, möglichst objektiv zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Der Entwurf von H. Gut (Anhang 2) ist eine gekürzte Fassung meines Entwurfs. H. Gut hat im wesentlichen alle jene Punkte herausgestrichen, die die Vorfälle im Schosse der UNESCO verharmlosend darstellen.

H. Gut

Materiell bin ich mit dem Antrag durchaus einverstanden. Die Begründung hingegen enthält verschiedene Punkte, die sehr diskutabel sind und die man herausstreichen kann. Sie geben Hinweise auf das, was sich in Paris ereignet hat und widersprechen beispielsweise den Feststellungen unserer Delegationschefs von Herrn Altbundesrat Tschudi.

Man kann nicht sagen, die Schweiz habe gegen den Sanktionsakt gestimmt. Sie hat dies nur in der Detailberatung in der Kommission getan. In der Gesamtabstimmung im Plenum hat sie sich der Stimme enthalten. Schliesslich kann der Mittelostkonflikt nicht ausschliesslich als Rivalität zweier Nationalismen betrachtet werden. Dieser Rivalität hat sich der Gegensatz der beiden Weltmächte überlagert, der natürlich nicht ohne weltanschauliche Intention ist.

H. Suter

Ich finde die Kurzfassung von H. Gut besser. Angesichts der hohen Wellen, die diese Angelegenheit in der Oeffentlichkeit geworfen hat, finde ich es völlig falsch, dem Petenten zu antworten, dass "gegen die Stimme der Schweiz" (Entwurf Renschler) diese Beschlüsse gefasst worden seien.

H. Breitenmoser

Der Entwurf von H. Gut müsste um die Meinung der Kommission ergänzt werden und der Entrüstung im Parlament und im Volk Rechnung tragen. Ich schlage vor, den 4. Abschnitt wie folgt zu ergänzen: "Ferner ist festzuhalten, dass die bedauerlichen Israel-Beschlüsse..."

H. Renschler

zu H. Breitenmoser

Man könnte dies noch konkreter so formulieren: "Ferner ist festzuhalten, dass die Israel-Beschlüsse der UNESCO, welchen unsere Delegation nicht zugestimmt hat, unser Land in seiner Eigenschaft ..."

zu H. Gut

Natürlich hat unsere Delegation bei der Schlussabstimmung Stimmenenthaltung geübt. Aber in der Detailberatung wurde dagegen gestimmt.

- 14 -

Und dieses Vorgehen ist durchaus häufig und üblich an internationalen Konferenzen: in den Detailberatungen gibt man seine Stellungnahme ab, bei der Schlussabstimmung wählt man zwischen Zustimmung und Stimmenthaltung. Die Enthaltung war als negative Enthaltung zu verstehen.

H. Graber

Je voudrais répéter un élément historique essentiel. Il n'est pas juste de prétendre, aujourd'hui déjà, que la Suisse s'est abstenue sur le problème des sanctions prévues à l'endroit d'Israël. La Suisse s'est abstenue sur une résolution d'ensemble. Cette résolution en 4 points comprenait notamment les points relatifs aux fouilles entreprises par Israël, une matière absolument controversable. Comme c'est un problème à caractère politique aigu, la Suisse s'est toujours abstenue sur ce point. Elle ne pouvait que s'abstenir sur la résolution globale afin de ne pas démentir l'attitude constante de prudence et d'impartialité qu'elle avait maintenu depuis des années. Ce serait déplorable que, si peu de temps après déjà, on parle d'une Suisse s'abstenant sur la question des sanctions à l'égard d'Israël. Lorsque ce problème s'est posé comme tel, notre pays a voté contre.

H. Gut

Beim Dokument selbst handelt es sich um ein bedauerliches Multipack, ein typisches Dokument, wie es von der UNO und der UNESCO vorgelegt wird. Es stellt fest, dass verschiedene Verurteilungen Israels erfolgt sind. Demgegenüber kann die Schweiz nicht nein stimmen. Es folgen dann die Verurteilung Israels und am Schluss, und das ist der Stein des Anstosses und war der Sinn des ganzen Papiers, der Verzicht auf weitere Zahlungen an Israel. Wer sich nun in einer solchen Abstimmung enthält, enthält sich gegenüber der Sanktion und soll nachher nicht behaupten, er habe etwas anderes gemacht. In dieser Abstimmung ging es nur um diese Sanktion und um die arabischen Staaten, die sehr deutlich haben wissen lassen, dass sie ein "nein" als unfreundlichen Akt werten würden.

Wenn der Antrag der HH. Breitenmoser/ Renschler um "... im übrigen nicht zugestimmt hat..." ergänzt wird, kann ich mich damit einverstanden erklären.

Die Kommission stimmt diesem Antrag zu (endgültiger Text vgl. Anhang 2)

4) Orientierung über den Stand der KSZE

H. Bindschedler

1. Ueberblick über den Stand der Verhandlungen

Das erste Dokument - die "10 Gebote" - ist durchberaten worden. Es bleiben die Schlussbestimmungen und die Präambel, die gegenwärtig behandelt werden. Die Schlussbestimmungen enthalten einen wichtigen Grundsatz, über den man sich noch einigen muss, nämlich, dass die 10 politischen Prinzipien auf gleichem Fuss stehen und in gegenseitigem Zusammenhang interpretiert werden müssen. Im Dekalog selber sind noch 2 Punkte offen: einerseits der Satz, wonach eine friedliche Aenderung der Grenzen zulässig sein soll, anderseits eine Klausel, die die Rechte der 4 Mächte in Deutschland vorbehalten und gewährleisten soll.

Beim schweizerischen Vorschlag zur friedlichen Streiterledigung geht es darum, diese Frage auf der Tagesordnung der europäischen Politik zu halten und die Konferenz ein Mandat beschliessen zu lassen. Wir haben einen entsprechenden Vorschlag eingereicht, der gegenwärtig diskutiert wird. Das Ergebnis wird wahrscheinlich unseren Intentionen entsprechen.

Bei den militärischen vertrauensbildenden Massnahmen hat die Sowjetunion einen neuen Vorschlag eingereicht. Einerseits stimmen sie nun diesen Massnahmen zu, anderseits wollen sie ausdrücklich festhalten, dass das auf einer freiwilligen Basis geschehen müsse. Sie sind also einverstanden, Manöver- und Bewegungsankündigungen nicht nur den Nachbarstaaten, sondern sämtlichen europäischen Staaten mitzuteilen, und auf die Umschreibung der Parameter (Grösse der Truppenverbände, geographische Zonen) einzutreten. Die NATO-Seite hat diese Freiwilligkeit bisher abgelehnt.

Der zweite Komplex - Wirtschaft - ist grösstenteils erledigt. Ein Hauptproblem ist noch nicht gelöst, nämlich das sowjetische Begehren auf Einräumung der Meistbegünstigungsklausel im zwischenstaatlichen Handel, und das westliche Gegenstück, das Begehren nach "réciprocité", dass Äquivalenz zwischen Leistung und Gegenleistung vorhanden sein müsse.

Die Arbeiten des dritten Korbes stocken. Was man zu Beginn des Jahres erreicht hat - Regelung über eine Familienzusammenkunft, die erste Hälfte des Papiers über die Journalisten - ist nicht weitergeführt worden. Gegenwärtig diskutiert man das Statut und die Erleichterungen für die Journalisten und eine Mini-Präambel zum Kapitel über menschliche Kontakte. Die Franzosen und die Sowjets sind mit einem völlig unannehmbaren Text vorgeprellt, in dem sie die menschlichen Beziehun-

- 16 -

gen verknüpfen wollen mit dem Fortgang der Entspannung. Noch keine Lösungen sind in Sicht zum Problem Reiseerleichterungen für jedermann und zum französischen Postulat zur gegenseitigen Errichtung von Kulturinstituten, Bibliotheken und Lesesälen. Der Besuch von Premierminister Chirac in Moskau hat da zu keiner Einigung, sondern eher zu einer beiderseitigen Verärgerung geführt. Die über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Erziehung, etc. angenommenen Texte sind von geringer Bedeutung.

Im vierten Komplex über die Konferenzfolgen hat man die Präambel redigiert und geht nun daran, den operativen Teil auszuarbeiten.

Schliesslich hat man begonnen, die Frage des Schlussdokumentes resp. der Schlussdokumente zu diskutieren. Hier geht es darum, dass wenn mehrere Dokumente von der Konferenz angenommen werden sollten, alle im gleichen Rang stehen und von den gleichen Leuten unterzeichnet werden. Die Sowjets möchten mehrere Dokumente, der Westen eher nur eines in Form einer Schlussakte. Es wäre das einfachste, ein Dokument, unterteilt in Kapitel, auszuarbeiten.

Es ist eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die sich mit der Vorbereitung der 3. Phase in Helsinki beschäftigen soll.

2. Allgemeine Betrachtungen

Im Gegensatz zu dem, was Sie in den Zeitungen lesen, besteht leider keine Einheit des Westens, vor allem nicht in der Neuner-Gemeinschaft. Diese politische Zusammenarbeit befindet sich auf dem untersten gemeinsamen Nenner.

Es besteht eine Diskrepanz zwischen den grossartigen Erklärungen der Regierungschefs und Aussenminister und dem Konferenzablauf in Genf. Hier ist bis heute nichts davon zu verspüren. Wir stecken im gleichen Schlamm und Sumpf wie vor ein oder zwei Jahren.

Die Rolle der USA hat sich seit einigen Wochen erheblich profiliert. Die Amerikaner sind stärker an dieser Konferenz interessiert, und erfreulicherweise auch im 3. Korb, wo die amerikanische Delegation heute eine dezidierte Stellung einnimmt und unsere Schritte unterstützt.

Das Zypernproblem kann noch zu erheblichen Verzögerungen und Schwierigkeiten führen. Griechen und Zyprioten haben mehrere Male erklärt, sie würden dem ganzen Konferenzgeschehen ihre Zustimmung versagen, wenn nicht ein erster Schritt in Richtung einer Lösung des Zypernproblems getan werde. Dazu kommt dann noch als zusätzliches Problem der für die 3. Phase in Helsinki geplante Auftritt von Erzbischof Makarios. Wenn die Zyprioten darauf bestehen, wird das auf härteste Opposition der Türken und anderer Staaten stossen. Hier liegt noch eine Mine mit Verzögerungszünder.

Ich glaube nicht, dass man am geplanten Fahrplan festhalten kann. Es ist ausserordentlich optimistisch zu glauben, man könne die Verhandlungen in Genf bis Ende Juli abschliessen und dann die 3. Phase im Herbst in Helsinki durchführen. Es besteht die unerfreuliche Aussicht, dass es zum Schluss dann noch zu grossen chaotischen Verhandlungen kommen wird. Ich glaube nicht, dass man die Konferenz einfach einschlafen lässt. Nach Abschluss dieser 2. Phase werden wir uns überlegen müssen, wie wir uns zum Konferenzergebnis einstellen wollen.

H. Renschler

Welches ist der völkerrechtliche Stellenwert dieser Papiere, die letztlich dann in Helsinki unterzeichnet werden sollen?

H. Breitenmoser

Auf einer längeren Reise in Osteuropa habe ich informative Beobachtungen machen können. Aufgrund der dort gemachten Erfahrungen bin ich dieser Genfer Konferenz gegenüber nach wie vor sehr skeptisch. Man hat diese Probleme in Genf mit Interesse und Enthusiasmus angepackt. Solange die Ergebnisse nur auf dem Papier bleiben und nicht in die Tat umgesetzt werden, haben wir nichts als schöne Worte erreicht. Ich habe in den letzten Wochen festgestellt, dass sich das Misstrauen zwischen den einzelnen Ostblockstaaten ungemein verstärkt hat. An allen Grenzübergängen werden Militärkontrollen durchgeführt. Diese Tatsachen müssen uns aus dem Schlaf des Gerechten herausreissen und zur Ueberzeugung führen, dass die ganze Idee dieser Konferenz eine innenpolitisch-russische von H. Breschnew war, der diese ganze Konferenz forciert hat. Nach den ersten gescheiterten Anfängen befindet sich die Konferenz jetzt in einer Sackgasse. Ich weiss nicht, wie sich unsere Botschafter im Ausland zu dieser Frage äussern. Geht es bei dieser Konferenz um blossen Zeitvertreib oder ist in absehbarer Zeit mit Beschlüssen zu rechnen, die diesen Namen auch wirklich verdienen und die auch in die Tat umgesetzt werden?

H. Bindschedler

Die hier ausgearbeiteten Papiere sind keine Verträge im rechtlichen Sinne und keine Abkommen. Es handelt sich nur um politische Deklarationen. Der Zweck wird ein politischer und psychologischer sein. Das heisst aber nun nicht unbedingt, dass diese Papiere wertlos sind. Auch politische Deklarationen können wichtige Entscheide darstellen und die Weichen für eine zukünftige Politik stellen, ich erinnere z.B. an die Monroe-Deklaration von 1823. Diese Papiere sind also weder von der Bundesversammlung zu genehmigen noch vom Bundesrat zu ratifizieren. Das Unterschreiben dieser Papiere bedeutet nicht das Eingehen irgendeiner rechtlichen Bindung. Ueber die Auswirkungen dieser Konferenz kann man verschiedener Meinung sein. Bei dieser ganzen Uebung handelt es sich nur um einen ersten Schritt, dem weitere folgen müssen. Diese Politik der Oeffnung und der Schaffung von Vertrauen ist eine langfristige Aufgabe. Die Alternative dazu wäre entweder eine allgemeine Rückkehr in den Isolationismus, was undenkbar

- 18 -

ist, oder zu einer Politik der Konfrontation. Dieser dekadente Westen ist aber gar nicht mehr fähig, eine Konfrontationspolitik zu führen. Es bleibt nur eine Politik des Arrangements, des Zeitgewinns und der Auflockerung der Beziehungen, umso der Idee der Koexistenz etwas mehr Geist einzuhauchen.

M. Graber

Avant même que ne s'ouvre cette conférence, le Conseil fédéral en parlait dans des termes plus que prudents et où perçait déjà un certain scepticisme. Nous disions ainsi aux Chambres: "Dès l'instant où cette conférence a lieu, on ne peut pas ne pas y prendre part". La formule indiquait aussi que nous n'en attendions pas monts et merveilles, concrètement et dans l'immédiat. Nous avons toujours maintenu ce point de vue et porté les mêmes appréciations.

S'agissant de la première corbeille, nous avons constaté que l'exercice allait déboucher sur la consécration des frontières existantes. Cela n'avait guère d'importance dès lors que personne n'envisageait de les modifier. A peine la conférence était-elle ouverte que d'ailleurs l'Occident avait déjà fait cette concession.

En ce qui concerne le règlement pacifique des différends, ce ne sera - à moins d'un miracle - que la répétition et l'affirmation de principes déjà mille fois exprimés et que l'on retrouve aussi dans la Charte des Nations-Unies.

S'agissant de l'effort entrepris dans le domaine militaire, nous avons toujours dit que nous n'arrivions pas, concrètement, à lui attacher une importance véritable. L'engagement de donner des indications en temps utile sur les déplacements de troupes ou sur les manoeuvres, a une espèce de relent de naïveté par rapport aux moyens modernes d'observation.

A mon avis, seule la 3e corbeille permet un très mince espoir. Comme il s'agit de déclarations politiques, on peut en attendre un certain effet à très long terme. Les Etats qui, en commun et d'une manière relativement solennelle, font des déclarations de cette nature devraient tout de même se sentir un peu engagés par ce qu'ils auront proclamé publiquement. On le remarque depuis de nombreuses années, quel que soit le pouvoir des super-puissances, elles ne peuvent pas échapper complètement à l'opinion publique internationale.

C'est dans le domaine de l'information, des échanges de personnes et d'idées que l'on va pouvoir jauger le résultat de l'exercice. La tactique de l'Est a toujours consisté à ne faire de concessions qu'au dernier moment. Ce qui est virtuellement acquis jusqu'ici n'est pas rien, mais c'est peu. Dans ce domaine particulier, compte tenu des contingences politiques, très peu c'est déjà beaucoup.

- 19 -

En conclusion, la tendance du Conseil fédéral ne sera en aucun cas d'embellir l'affaire et de jeter de la poudre aux yeux de l'opinion publique. Lorsque les résultats seront concrètement connus, nous nous efforcerons de les apprécier de la façon la plus rigoureusement objective & impartiale. Nous n'avons aucune raison d'essayer de dissimuler la réalité.

H. Breitenmoser

Wir haben alle diese Vorstellung der Zusammenarbeit für den Frieden usw., wir haben die Menschenrechtskonventionen, wir haben all die internationalen Institutionen und Deklarationen. Wenn nur ein Bruchteil davon praktiziert wird, dann kann doch die Alternative nicht ausschliesslich in der Konfrontation bestehen. Man hat das Gefühl, diese Genfer Konferenz sei von gewissen Interessenten im Ostblock gesteuert und der Westen sei einmal mehr der Spielball.

H. Bindschedler

Die Konferenz ist an und für sich neutral. Sie ist ein Instrument, das allen zur Verfügung steht. Natürlich stammt die Idee aus dem Ostblock. Das heisst aber noch lange nicht, dass sie für den Westen schädlich sein muss. Es kommt darauf an, was man daraus macht. Und hier in Genf haben wir doch einiges herausgeholt.

5) Orientierung über die Diplomatische Konferenz über das humanitäre Völkerrecht

H. Bindschedler

1. Stand der Verhandlungen

In dieser Konferenzphase sind im ersten Protokoll, das die internationalen Konflikte regeln soll ungefähr 50, im zweiten, das die inter-nen Auseinandersetzungen ("Bürgerkriege") regelt, ca. 20 Artikel angenommen worden. Beide Protokollentwürfe sind vom IKRK ausgearbeitet worden und dienen als Grundlage der Konferenz.

Im 1. Protokoll ist im letzten Jahr der Artikel 1, der den Anwendungsbereich umschreibt, angenommen worden. Als grosse Neuigkeit hat man hier Befreiungskriege - Kriege gegen den Kolonialismus - den internationalen Konflikten gleichgestellt. Diese Lösung stösst auf zahlreiche Bedenken, man hat sie jedoch in dieser Konferenzphase nicht mehr in Frage gestellt. Es ging primär darum, den ganzen Stoff durch-zuberaten, und am Schluss wird man dann sehen, ob dieser neue Artikel beibehalten werden kann und welche Anpassungen nötig sind.

- 20 -

Das zweite wichtige Problem, das gelöst werden konnte, ist eine Verstärkung des Kontrollmechanismus durch die Schutzmächte oder durch eine humanitäre Organisation. In dem angenommenen Artikel ist eine generelle Pflicht verankert, dass in einem Konfliktfall Schutzmächte ernannt werden müssen. Wenn das nicht geschieht, so hat das IKRK das Recht, Vorschläge für die Bezeichnung solcher Schutzmächte zu machen. Allerdings gelang es nicht, die maximale Lösung durchzusetzen, nämlich die Verpflichtung zur Annahme solcher Vorschläge; sie ist von der Zustimmung der Konfliktparteien abhängig.

Weitere wesentliche Fortschritte sind erzielt worden in bezug auf den Schutz von Zivilpersonen. Sie finden hier das Prinzip verankert, dass zwischen bewaffneten Kräften und der Zivilbevölkerung unterschieden werden muss, ferner auch zwischen militärischen und nicht-militärischen Objekten. Die Konfliktparteien sind verpflichtet, dieser Unterscheidung Rechnung zu tragen und militärische Operationen nur gegen militärische Kräfte und Objekte zu führen. Das Prinzip gilt allerdings nur für den Landkrieg, nicht aber für den Seekrieg. Die Engländer haben hier Schwierigkeiten bereitet, um ihre Rechte aus den alten Seekriegsrechten vorzubehalten. Verboten sind Terrorangriffe oder Angriffe gegen die Zivilbevölkerung als solche, ferner das Aushungern. Gemeint ist vermutlich das Aushungern durch Gewalthandlungen, meines Erachtens bleibt die Blockade mehr oder weniger legal. Besonders gefährliche Anlagen, bei deren Zerstörung Katastrophenwirkung eintreten könnte (Staudämme, Nuklearanlagen), dürfen nicht direkt angegriffen werden, sofern sie nicht direkt zu militärischen Zwecken verwendet werden. Schliesslich finden Sie neu eine Bestimmung, die jede Zerstörung der Umwelt mit dauerndem Effekt verbietet. Das ist sicher ein Fortschritt. Man ist hier doch erheblich weitergekommen. Schliesslich werden neuerdings auch das zivile Sanitätspersonal und Sanitätstransporte mit Flugzeugen geschützt.

Im 2. Protokoll steht man vor einem heiklen Dilemma. Je ausgefeilter dieses Protokoll ist, je mehr Regeln es enthält, die die Ermessensfreiheit der Konfliktparteien einschränken, desto geringer sind die Staaten geneigt, den Geltungsbereich zu umschreiben. Je magerer dieses Protokoll ausfällt, desto grösser ist die Chance, es in einem grösseren Umkreis zur Anwendung zu bringen. Wir stehen vor dem Problem, dass interne Auseinandersetzungen grundsätzlich eine Sache des einzelnen Staates sind, es stellt sich die Frage der Souveränität. Dieses Dilemma ist nicht gelöst worden. Man hat in diesem 2. Protokoll eine ganze Reihe von detaillierten Bestimmungen angenommen, die an und für sich sehr erwünscht wären, aber es stellt sich die Frage, ob die Staaten sie letzten Endes anwenden. Und der wichtigste Artikel (1), der den Anwendungsbereich umschreibt, ist relativ eng gefasst. Er behandelt eigentlich nur die Bürgerkriegssituation. Voraussetzung der Anwendung ist nämlich, dass "forces armées" oder "groupes armés ou organisés" sich gegenüber stehen, die einen Teil des Territoriums kontrollieren und die in der Lage sind, dauernde militärische Aktionen durchzuführen. Die Regierung wird natürlich alles daran setzen, diese Voraussetzungen zu bestreiten und

wird dies auch in sehr vielen Fällen tun können. Es ist auch fraglich, ob die Voraussetzung des Ausübens der Kontrolle über einen bestimmten Teil des Territoriums realistisch ist. In den heutigen fluiden Bürgerkriegssituationen kann man kaum von einer wirklichen Kontrolle des Gebietes sprechen. Das ist eine wesentliche Einschränkung des Anwendungsbereichs. Schliesslich sagt dieser Artikel, dass der Artikel 3 der bestehenden 4 Genfer Konventionen intakt bleibt. Diese Bestimmung findet also auch Anwendung, wenn das 2. Protokoll nicht ratifiziert werden sollte. Der Artikel 3 der vorliegenden Genfer Konvention enthält einige humanitäre Minimalvorschriften und gibt vor allem dem IKRK das Recht, seine Dienste anzubieten und auch Hilfeleistungen durchzuführen. Es ist zu begrüßen, dass dieser Artikel gegen einige Opposition intaktgehalten werden konnte.

2. Allgemeine Betrachtungen

In dieser Konferenzphase ist seriöse Arbeit geleistet worden. Dass es dazu kam, ist sehr stark das Verdienst des Präsidenten der Konferenz, von H. Bundespräsident Graber, der mit grosser Energie die Diskussionen in den Plenarsitzungen geleitet hat. Dies ist von allen Delegationen hervorgehoben worden.

Die Entwicklungsländer waren am Anfang und am Schluss der Konferenz dabei. Sie haben sehr viel in Politik gemacht, aber viel konstruktive Arbeit haben sie nicht geleistet.

Interessant war die Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR, vor allem in den Fragen über den Schutz der Zivilbevölkerung. Die Supermächte haben mit ihrem Zusammenwirken eine positive Rolle gespielt. Die konstruktive Haltung der Sowjetunion ist teilweise sicher auf die Nichtteilnahme der Chinesen zurückzuführen.

Man ist zum Schluss gekommen, dass eine 3. Session im nächsten Jahr notwendig ist. Einmal müssen die Kommissionen in 1. Lesung noch etwa einen Viertel der Artikel behandeln und dann muss die Plenarkonferenz den ganzen Stoff in Angriff nehmen. Einige ausserordentlich heikle Probleme sind noch nicht geregelt worden: die Definition der Rechte und Pflichten der Guerillakämpfer; ferner die Frage der Vorbehalte: soll man zu diesen Protokollen Vorbehalte zulassen oder nicht und schliesslich die Frage der Repressalien. In den gegenwärtigen Vorschlägen werden Repressalien überall verboten. Das ist aber eine irrealer Haltung, die so nicht verwirklicht werden kann. Die Frage des Nuklearkrieges ist noch durchaus offen. Die heutigen Texte schliessen einen Atomkrieg praktisch aus. Aber die Amerikaner haben mehrmals erklärt, nach ihrer Auffassung habe man den Nuklearkrieg von vornherein von den Konferenzarbeiten ausgeschlossen.

Ueber die Ratifikationsaussichten möchte ich mich noch nicht äussern. Auch wenn nur ein geringer Teil von Staaten diese Protokolle ratifizieren würde, hätten sie dennoch ihre Vorteile und würden ihren Einfluss ausüben. Es gibt eine ganze Reihe internationaler Konventionen die nicht in Kraft getreten sind, die man aber trotzdem in der Praxis anwendet.

M. Pictet

Le CICR est l'ouvrier du développement des conventions de Genève. Il prépare des textes et c'est le gouvernement suisse, Etat dépositaire des conventions, qui convoque les conférences diplomatiques. Cette conférence a donc été convoquée par le Conseil fédéral.

Les conventions de Genève ont été extraordinairement développées en 1949. Elles ont maintenant 25 ans d'âge et sont un peu vieilles. On a pensé que le moment était venu de les revoir car elles révèlent certaines lacunes. Il aurait été trop dangereux d'ouvrir une révision complète. On aurait pu craindre, en effet, que les Etats reviennent en arrière par rapport à 1949. Nous nous sommes donc bornés, en collaboration avec le DPF, à préparer deux projets de protocoles additionnels, c'est à dire deux textes qui ont valeur de convention, mais qui sont seulement des protocoles annexes et qui ne touchent pas au monument principal. Avec l'appui des Nations Unies, nous avons convoqué deux grandes conférences d'experts gouvernementaux qui nous ont aidé à mettre au point ces projets. Chaque année, les Nations-Unies ont eu un débat sur cette matière et ont pris des résolutions en faveur de ce travail. Il y avait chez certains fonctionnaires des Nations-Unies, le désir de reprendre à leur compte tout ce domaine. Nous n'avons pas poussé dans ce sens car nous avons pensé que la seule chance de succès était que ce travail se fasse sur terrain neutre, c'est à dire sous les auspices de la Suisse.

Après la première session, certains journalistes ont parlé d'échec. Il n'en est rien. Les choses ne pouvaient se passer autrement. On devait résoudre une quantité de problèmes politiques, diplomatiques, de procédure, etc. Il fallait nommer le bureau (marchandages), établir le règlement, résoudre le problème des invitations de certaines entités contestées (mouvements de libération, etc.). Comme la conférence ne devait durer que 6 semaines, il ne restait que 15 jours lorsque les questions diplomatiques furent liquidées. Il n'était donc pas possible, dans ce laps de temps, de traiter cette matière énorme. Seuls 6 articles ont été traités. Il serait cependant tout à fait faux de parler d'échec. Nous avons préparé le terrain. Les deux protocoles du CICR ont été pris comme base unique de travail. Nous avons aussi pu prendre connaissance de quelques 250 amendements déposés par les Etats, amendements qui le plus souvent renforçaient notre projet de texte.

La seconde session vient de se terminer. Il y avait deux absents: la Chine et l'Afrique du Sud. La Chine parce qu'elle ne disposait pas de suffisamment d'experts pour participer à toutes les conférences qui se déroulent actuellement dans le monde. L'Afrique du Sud parce qu'elle craignait de se faire expulser comme dans d'autres assemblées politiques. On peut constater dans ce dernier cas les répercussions que peuvent avoir des problèmes politiques dans le domaine humanitaire. La conférence s'est scindée en commissions, groupes de travail,

comités de rédaction, etc. qui ont tenu en tout 500 séances.

Nous avons une fois de plus constaté que tout est dans la question de savoir jusqu'où l'on veut aller dans les demandes que l'on fait aux Etats. Au fond, l'angle entre demander trop peu et demander trop est extrêmement étroit. Je crois que les projets déposés par le CICR correspondent assez exactement à ce que les Etats sont prêts à accepter. Nous avons été très agréablement surpris de voir que les pays de l'Est, qui s'étaient montrés assez réservés lors de la première session, sur le protocole no 2 (guerres civiles), avaient retiré toutes leurs objections. Ils se sont même faits les meilleurs défenseurs de nos thèses. Ce revirement est dû, je pense, aux événements de guerre qui ont surgi dans le monde depuis une année. En revanche, il y a encore un peu de résistance de la part de certains pays du Tiers-Monde. L'Inde, l'Irak, le Nigéria, l'Indonésie et les Philippines se montrent assez réservés sur le protocole no 2. Ils craignent probablement eux-mêmes ces événements intérieurs. Nous avons aussi pu constater avec satisfaction que le spectre de la guerre juste qui avait plané sur la première session, avait disparu. Selon cette idée, le droit ne doit s'appliquer qu'aux victimes de l'agression et non pas aux agresseurs. Il s'agit d'une confusion entre deux parties du droit: celle de la Charte des Nations-Unies (qui permet de prendre des sanctions contre les agresseurs) et le droit dans la guerre (conventions de Genève, de la Haye, qui doivent s'appliquer à toutes les victimes quelles qu'elles soient). Cette thèse extrêmement dangereuse a heureusement été abandonnée.

Si les dispositions relatives à la protection de la population civile contre la guerre (bombardements) n'avaient pas passé, on aurait alors pu parler d'échec, car c'était la matière principale. Comme elles ont admirablement bien passé en commission, c'est déjà un très grand succès.

La 3e conférence aura lieu du 21 avril au 11 juin 1976. Tout sera mis en oeuvre pour arriver à terminer au moins en commission.

En conclusion, je crois que l'on peut considérer le bilan comme très positif et que c'est un succès pour la Suisse et pour la Croix-Rouge.

H. Dürrenmatt

Hat sich die Kommission mit dem Problem und mit den Spielarten des Terrorismus - palästinensischer Terrorismus, deutsche Anarchistenbanden, Stadtguerilla - befasst oder wird sie sich noch damit befassen? Sind Versuche gemacht worden, den Terrorismus zu entkriminalisieren? Kann das Problem im Zusammenhang mit der Bürgerkriegssituation behandelt werden?

M. Pictet

La conférence n'avait pas à son programme le terrorisme tel quel. C'est une matière qui relève du droit international pénal. Un certain nombre de conventions ont déjà été conclues sur le terrorisme, mais

- 24 -

en dehors du champ des conventions de Genève (terrorisme aérien = Convention de Montréal, protection des diplomates = convention de la Haye).

En revanche, la question de la guérilla est à l'ordre du jour. Elle sera traitée lors de la prochaine session. Elle a déjà fait l'objet d'un premier examen. J'espère que l'on parviendra à un résultat afin de donner un certain statut aux combattants de la guérilla et surtout à la protection de la population civile qui en est la première victime.

Dans tous les articles adoptés jusqu'ici, on trouve des principes généraux de protection de la personne humaine qui sont valables aussi pour les cas de guérilla. Dans une certaine mesure, ils peuvent même être invoqués dans des cas de terrorisme exercé en cas de guerre.

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

* * * * *

Anhang 1NATIONALRAT

Sommer session 1975

Entwurf Renschler

.. ... Fritz Fischer, Uitikon. Petition vom 8. Dezember 1974
betreffend die schweizerische Mitgliedschaft bei der
UNESCO

Bericht der Kommission für auswärtige Angelegenheiten

vom 28. April 1975

Herr Fritz Fischer hat beim Nationalratspräsidenten eine Petition eingereicht, worin er die Suspendierung der schweizerischen Mitgliedschaft bei der UNESCO bzw. den Austritt unseres Landes aus dieser Organisation fordert.

Der Petent begründet sein Begehren mit dem Hinweis auf die "im Rahmen der UNESCO erfolgte Diskriminierung Israels". Als Mitgliedstaat der UNESCO seien wir an die von dieser Organisation gefassten Beschlüsse gebunden, wodurch wir uns, "obwohl indirekt, ... einem antiisraelischen Bündnis angeschlossen" hätten.

Bei den von Herrn Fischer erwähnten Beschlüssen handelt es sich um die von der 18. UNESCO-Generalkonferenz im November 1974 verabschiedeten Resolutionen, die das Verhältnis der UNESCO zu Israel zum Gegenstand haben. Der Inhalt dieser Entschliessungen sowie die diesbezüglichen schweizerischen Stimmabgaben bildeten bereits Gegenstand einer Interpellation Gut, die in der Sommersession ebenfalls behandelt wird. Wir verzichten daher auf eine Wiederholung des Sachverhalts und rufen nur in Erinnerung, dass

1. die gegen die Stimme der Schweiz verweigerte Aufnahme Israels in die Regionalgruppe Europa der Rechtsstellung Israels als Vollmitglied der UNESCO keinen Abbruch tut und dass
2. die ebenfalls gegen die Stimme der Schweiz beschlossene Einstellung der bisherigen Subventionszahlungen der UNESCO an Israel eine eher symbolische Zurechtweisung dieses Staates darstellt.

Im Lichte dieser Tatsachen erweist sich die Vorstellung, die UNESCO habe sich durch die erwähnten Beschlüsse ihrer 18. Generalkonferenz in ein "antiisraelisches Bündnis" verwandelt, als nicht zutreffend. Diese Beschlüsse sind zwar zu bedauern, ihre reale Bedeutung darf aber nicht überschätzt werden.

Ferner ist festzuhalten, dass die Israel-Beschlüsse der UNESCO unser Land in seiner Eigenschaft als Mitgliedstaat dieser Organisation in keiner Hinsicht zu einer Beteiligung an konkreten antiisraelischen

- 26 -

Massnahmen verpflichten. Somit kann auch keine Rede sein von einer Unvereinbarkeit zwischen unserer weiteren Zugehörigkeit zur UNESCO und unserer Stellung als dauernd neutraler Staat. Dass man die Auffassung des Petenten, die UNESCO habe sich in ein "antiisraelisches Bündnis" verwandelt, gerade in Israel nicht teilt, beweist sehr deutlich die Tatsache, dass Israel selber nicht aus der UNESCO ausgetreten ist und dies offenbar auch nicht zu tun gedenkt.

Die Behauptung des Petenten schliesslich, durch ihren Verbleib in der UNESCO wolle die Schweiz ihn "auf eine weltanschauliche Gesinnung (in diesem Falle anti-israelisch bzw. anti-jüdisch) verpflichten", beruht auf Vorstellungen, die dem Charakter des aktuellen Mittelostkonfliktes wenig angemessen sind. Bei diesem Konflikt geht es heute primär um die Rivalität zweier Nationalismen, die sich Teile desselben Territoriums streitig machen, eine Rivalität, die nun auch in die UNESCO hineingetragen wurde. Es wäre abwegig, Beschlüsse, welche diese realpolitische Auseinandersetzung widerspiegeln, als weltanschaulich motivierte Stellungnahme seitens der Organisation oder ihrer Mitgliedstaaten zu interpretieren.

Die Kommission bedauert die Politisierung der UNESCO, welche mit Wesen und Auftrag dieser Organisation im Widerspruch steht. Mit einem Austritt der Schweiz wäre aber niemandem gedient. Durch überlegte und kritische Mitarbeit nimmt sie ihre Aufgabe als neutraler Staat wohl besser wahr als durch vorschnelle Reaktionen.

Die Kommission beantragt deshalb, von der Petition Kenntnis zu nehmen, ihr aber keine weitere Folge zu geben.

Im Namen der Kommission
für auswärtige Angelegenheiten

Der Präsident:

CONSEIL NATIONAL

Projet Renschler

Session d'été 1975

.. ... Fritz Fischer, Uitikon. Pétition du 8 décembre 1974
concernant l'affiliation de la Suisse à l'UNESCO

Rapport de la Commission des affaires étrangères

du 28 avril 1975

M. Fritz Fischer a remis au président du Conseil national une pétition dans laquelle il demande que la Suisse suspende son affiliation à l'UNESCO, ou même quitte cette organisation.

Le pétitionnaire motive sa requête en se référant à "la discrimination pratiquée dans le cadre de l'UNESCO à l'égard d'Israël". En tant que membre de l'UNESCO, nous sommes liés par les décisions de cette organisation; ainsi, nous avons "quoique indirectement, ... conclu une alliance dirigée contre Israël".

Les décisions auxquelles M. Fischer fait allusion sont les résolutions adoptées en novembre 1974 par la 18e conférence générale de l'UNESCO, résolutions qui avaient pour objet les rapports existant entre l'UNESCO et Israël. Ces résolutions, ainsi que les votes exprimés par la Suisse en la circonstance ont déjà fait l'objet d'une interpellation Gut, qui sera traitée durant la session d'été. Nous renonçons donc à exposer à nouveau les faits, nous bornant à rappeler

1. que le refus, contre l'avis de la Suisse, d'accepter Israël dans le groupe régional de l'Europe ne met pas fin à l'affiliation de ce pays à l'UNESCO, et
2. que la décision, prise également contre l'avis de la Suisse, de ne plus faire bénéficier Israël des subventions de l'UNESCO constitue un blâme plutôt symbolique envers ce pays.

A la lumière de ces faits, l'argument selon lequel l'UNESCO s'est transformé en une "alliance dirigée contre Israël", à la suite des décisions prises lors de la 18e conférence générale, ne tient pas. Ces décisions sont certes regrettables, mais il ne faut pas en surestimer l'importance.

En outre, il a y lieu de constater que les décisions susmentionnées prises par l'UNESCO n'obligent pas notre pays, en tant qu'Etat membre de cette organisation, à participer à des mesures dirigées contre Israël. On ne peut par conséquent pas prétendre qu'il existe une incompatibilité entre la continuation de notre affiliation à l'UNESCO et notre position d'Etat neutre en permanence. Le fait qu'en Israël même on ne partage pas l'opinion du pétitionnaire, selon laquelle l'UNESCO est devenu une alliance dirigée contre Israël, démontre à l'évidence que ce pays n'a pas quitté l'UNESCO et

- 28 -

n'a vraisemblablement pas l'intention de le faire.

Enfin, l'affirmation du pétitionnaire selon laquelle, en restant dans l'UNESCO, la Suisse veut "obliger Fischer à adopter une certaine opinion idéologique (c'est-à-dire une attitude anti-israélienne et anti-juive dans le cas particulier)" repose sur des idées peu conformes au caractère du conflit qui se déroule actuellement au Proche-Orient. En effet, dans ce conflit, il s'agit avant tout de la rivalité entre deux nationalismes qui se disputent des parties du même territoire, rivalité qui a aussi été introduite à l'UNESCO. Les décisions prises par l'organisation doivent être interprétées comme l'expression d'une lutte de nature politique et non d'une confrontation d'ordre idéologique.

La commission regrette la politisation croissante de l'UNESCO, phénomène qui est en contradiction avec l'essence même de cette organisation et avec la mission qui lui a été confiée. Toutefois, le retrait de la Suisse n'arrangerait rien. Notre pays remplira mieux sa tâche d'Etat neutre en collaborant de manière réfléchie et constructive plutôt qu'en se laissant emporter par des réactions trop vives.

C'est pourquoi la commission propose de prendre acte de la pétition, mais de ne pas y donner suite.

Au nom de la Commission
des affaires étrangères

Le président:

NATIONALRATAnhang 2

Sommer-session 1975

.. ... Fritz Fischer, Uitikon. Petition vom 8. Dezember 1974
betreffend die schweizerische Mitgliedschaft bei der
UNESCO

Bericht der Kommission für auswärtige Angelegenheiten
vom 28. April 1975

Herr Fritz Fischer hat beim Nationalratspräsidenten eine Petition eingereicht, worin er die Suspendierung der schweizerischen Mitgliedschaft bei der UNESCO bzw. den Austritt unseres Landes aus dieser Organisation fordert.

Der Petent begründet sein Begehren mit dem Hinweis auf die "im Rahmen der UNESCO erfolgte Diskriminierung Israels". Als Mitgliedstaat der UNESCO seien wir an die von dieser Organisation gefassten Beschlüsse gebunden, wodurch wir uns, "obwohl indirekt, ... einem antiisraelischen Bündnis angeschlossen" hätten.

Bei den von Herrn Fischer erwähnten Beschlüssen handelt es sich um die von der 18. UNESCO-Generalkonferenz im November 1974 verabschiedeten Resolutionen, die das Verhältnis der UNESCO zu Israel zum Gegenstand haben. Der Inhalt dieser Entschliessungen sowie die diesbezüglichen schweizerischen Stimmabgaben bildeten bereits Gegenstand einer Interpellation Gut, die in der Sommersession ebenfalls behandelt wird. Wir verzichten daher auf eine Wiederholung des Sachverhalts und rufen nur in Erinnerung, dass

Israel selber nicht aus der UNESCO ausgetreten ist und dies offenbar auch nicht zu tun gedenkt.

Ferner ist festzuhalten, dass die Israel-Beschlüsse der UNESCO, welchen unsere Delegation im übrigen nicht zugestimmt hat, unser Land in seiner Eigenschaft als Mitgliedstaat dieser Organisation in keiner Hinsicht zu einer Beteiligung an konkreten antiisraelischen Massnahmen verpflichten. Somit kann auch keine Rede davon sein, durch ihren Verbleib in der UNESCO wolle die Schweiz den Petenten "auf eine weltanschauliche Gesinnung (in diesem Falle anti-israelisch bzw. anti-jüdisch) verpflichten".

Die Kommission bedauert die Politisierung der UNESCO, welche mit Wesen und Auftrag dieser Organisation im Widerspruch steht. Mit einem Austritt der Schweiz wäre aber niemandem gedient. Durch überlegte und kritische Mitarbeit nimmt sie ihre Aufgabe als neutraler Staat besser wahr als durch vorschnelle Reaktionen.

Die Kommission beantragt deshalb, von der Petition Kenntnis zu nehmen, ihr aber keine weitere Folge zu geben.

Im Namen der Kommission für
auswärtige Angelegenheiten

Der Präsident: sig. Renschler

- 30 -

CONSEIL NATIONAL

Session d'été 1975

.. ... Fritz Fischer, Uitikon. Pétition du 8 décembre 1974
concernant l'affiliation de la Suisse à l'UNESCO

Rapport de la Commission des affaires étrangères

du 28 avril 1975

M. Fritz Fischer a remis au président du Conseil national une pétition dans laquelle il demande que la Suisse suspende son affiliation à l'UNESCO, ou même quitte cette organisation.

Le pétitionnaire motive sa requête en se référant à "la discrimination pratiquée dans le cadre de l'UNESCO à l'égard d'Israël". En tant que membre de l'UNESCO, nous sommes liés par les décisions de cette organisation; ainsi, nous avons "quoique indirectement, ... conclu une alliance dirigée contre Israël."

Les décisions auxquelles M. Fischer fait allusion sont les résolutions adoptées en novembre 1974 par la 18e conférence générale de l'UNESCO, résolutions qui avaient pour objet les rapports existant entre l'UNESCO et Israël. Ces résolutions, ainsi que les votes exprimés par la Suisse en la circonstance ont déjà fait l'objet d'une interpellation Gut, qui sera traitée durant la session d'été. Nous renonçons donc à exposer à nouveau les faits, nous bornant à rappeler que Israël n'a pas quitté l'UNESCO et n'a vraisemblablement pas l'intention de le faire.

En outre, il y a lieu de constater que les décisions susmentionnées prises par l'UNESCO, auxquelles notre délégation n'a du reste pas donné son consentement, n'obligent pas notre pays, en tant qu'Etat membre de cette organisation, à participer à des mesures dirigées contre Israël. On ne peut par conséquent pas prétendre qu'en restant dans l'UNESCO, la Suisse veut "obliger Fischer à adopter une certaine opinion idéologique (c'est-à-dire une attitude anti-israélienne et anti-juive dans le cas particulier)".

La commission regrette la politisation croissante de l'UNESCO, phénomène qui est en contradiction avec l'essence même de cette organisation et avec la mission qui lui a été confiée. Toutefois, le retrait de la Suisse n'arrangerait rien. Notre pays remplira mieux sa tâche d'Etat neutre en collaborant de manière réfléchie et constructive plutôt qu'en se laissant emporter par des réactions trop vives.

C'est pourquoi la commission propose de prendre acte de la pétition, mais de ne pas y donner suite.

Au nom de la Commission
des affaires étrangères

Le président: sig. Renschler